

MALU DREYER

Die Energiewende – Gestaltung eines Generationenprojektes

Sehr geehrter Herr Dr. *Theisen*,
sehr geehrter Herr Professor *Säcker*,
sehr geehrte Frau Staatsministerin *Lemke*,
sehr verehrter Herr Professor *Kirchhof*,
meine sehr verehrten Herren und Damen,

ich wünsche Ihnen allen erst einmal ein frohes neues Jahr 2014. Ich hoffe, dass Sie alle gut in das neue Jahr hineingerutscht sind. Ich weiß ja nicht wie es Ihnen geht, aber ich bin sehr gespannt, was das Jahr 2014 für uns alle bereithält. Und eines ist ganz gewiss: Es wird ebenso ein spannendes Jahr wie das vergangene werden.

Sie haben gestern bereits die unterschiedlichen Aspekte der Umstellung unserer Energieversorgung auf Erneuerbare Energien erörtert und diskutiert.

Die Energie ist ein Projekt mit gewaltigen Ausmaßen und wahrlich ein Generationenprojekt! Und wenn man es genau nimmt, handelt es sich auch nicht einfach nur um eine Energiewende, es handelt sich um mehrere Wenden: Um eine Stromwende, eine Mobilitätswende, eine Wende des Wärmemarktes und nicht zuletzt um eine Technologiewende.

Und wenn wir jetzt einmal in uns gehen, dann müssen wir sehr schnell zugeben, dass wir uns in der Vielzahl der Diskussionen vorrangig auf eine dieser Wenden beschränken: die Stromwende.

Der Hauptgrund hierfür liegt insbesondere in den Entwicklungen des Strompreises, aber auch am Netzausbau, dem Umgang zwischen Erneuerbaren Energien und den konventionellen Energieformen und nicht zuletzt am Ausbau selbst und den damit verbundenen landschaftlichen Veränderungen.

Aus diesem Grund möchte ich mich heute insbesondere auf dieses Thema beschränken, denn es ist das derzeit vordringlichste und am meisten diskutierte.

I. Aktuelle Herausforderungen der Energiewende als Stromwende

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

wie bereits erwähnt: Die Energiewende ist ein Generationenprojekt. Das zeigt sich allein anhand der Vielzahl an Handlungsfeldern, die es im Zuge der Systemtransformation (den Veränderungen in der Erzeugungsstruktur) zu bewältigen gibt, wie z. B. Netzausbau, ein neues Strommarktdesign, Speichertechnologien, Erhöhung der Ener-

gieeffizienz und nicht zuletzt geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen, die eine sichere, saubere und bezahlbare Energie gewährleisten.

Wir werden die Energiewende natürlich nicht innerhalb weniger Jahre schaffen – das ist zum einen nicht möglich und zum anderen auch niemals das Ziel gewesen. Im Gegenteil: Der Umbau unserer Energieversorgung sieht als Zielmarke das Jahr 2050 vor.

Wenn man die bisherigen Erfolge betrachtet, ist es in meinen Augen umso verständlicher, wenn zum Teil der Eindruck vermittelt wird, dass die Energiewende vor allem Probleme mit sich bringt. Wir brauchen keine neue Energiewende, sondern eine konsequente, zielorientierte Umsetzung, die die erkennbaren Probleme löst:

Es gibt viel Handlungsbedarf, was bestimmte Regelungen betrifft, z. B. hinsichtlich des EEG, auf das ich noch zu sprechen kommen werde und das ja gerade vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit Brüssel eine ganz besondere Dimension hat.

Es wird nicht einfach werden, aber wenn die Energiewende an etwas leidet, dann an den vielen Wenden. Um unsere Ziele zu erreichen, müssen wir die Menschen mitnehmen. Daher brauchen wir in der Debatte eine deutliche Versachlichung.

An einem Beispiel möchte ich dies verdeutlichen: Wir haben europaweit einen der niedrigsten Werte für Stromunterbrechungen aufzuweisen. Selbst bei Extremwetterlagen der letzten Winter kam es nicht zu Zusammenbrüchen der Stromversorgung. Dennoch gibt es jeden Winter erneut Diskussionen und Szenarien, die von einem Kollaps ausgehen.

Im Ausland ist der Blick auf die Bundesrepublik oft differenzierter, dort wird uns wesentlich mehr zugetraut. Hier sagt man sich: Wenn ein Land die Energiewende stemmen kann, dann die Ingenieurnation Deutschland.

Umgekehrt allerdings wäre das Scheitern dieses Projekts ein fatales Zeichen nicht nur für unseren Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort, sondern auch für den weltweiten Klima- und Ressourcenschutz – nicht weil wir ihn in Deutschland retten können: aber wir können ein Vorbild sein und die technologische Entwicklung vorantreiben.

Meine sehr verehrten Herren und Damen,

die deutsche Wirtschaft ist so wettbewerbsfähig wie selten in den letzten Jahrzehnten: 2012 erreichte der Außenhandelsüberschuss Deutschlands mit 188 Mrd. Euro den zweithöchsten Stand seit Einführung der Statistik im Jahr 1950.

Dennoch ist es richtig, dass die Entwicklung der Stromkosten ein immer bedeutenderer Standortfaktor wird. Der Anspruch der Wirtschaft auf Versorgungs-, Planungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit, vor allem im Verhältnis zu internationalen Mitbewerbern, ist berechtigt.

Das EEG muss fortentwickelt werden, das heißt aber nicht die Ausgestaltung einer neuen Wende, sondern eine entsprechende Fortentwicklung sowie verlässliche Rahmenbedingungen.

Die Stromrechnung aller privaten und gewerblichen Stromverbraucher zusammen gerechnet liegt – bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt – heute nicht höher als vor 20 Jahren (1991: 2,6 %, 2011: 2,5 %). Und für energieintensive Unternehmen ist der Strompreis seit 2008 sogar nur um 1 % angestiegen.

Die Lasten der Energiewende sind zurzeit allerdings ungleich verteilt – und das ist ein großes Problem, nicht nur für die Verbraucher und Verbraucherinnen, sondern auch für den Erfolg der Energiewende.

Zur Versachlichung der Debatte gehört auch, dass die Aussage, die Erneuerbaren Energien würden den Strompreis angeblich verteuern und zum Anstieg der EEG-Umlage führen, nur die halbe Wahrheit ist, denn die EEG-Umlage allein ist geeigneter Indikator für die Kosten der Erneuerbaren Energien. Der Anstieg der Kosten muss immer auch in Relation zu den anderen Kosten gesetzt werden:

Der Anstieg der EEG-Umlage von ca. 5,277 Cent/kWh 2013 auf 6,24 Cent/kWh in 2014 ist

- zu 52 % auf gesunkene Preise an der Strombörse,
- zu 25 % auf die gestiegene Zahl der Firmenausnahmen im Rahmen der »Besonderen Ausgleichsregelung« und
- nur zu 13 % auf den Zubau der regenerativen Stromerzeugung zurückzuführen.

Ein Zubaustopp bei den Erneuerbaren Energien würde also keine relevante Kostenentlastung bewirken, weil die aktuellen Vergütungssätze für Windkraft und Photovoltaik kaum noch die Umlage treiben und vor allem weiter degressiv gestaltet sind.

Beinahe die Hälfte des Kostenanstiegs – und das wird ja auch im Beihilfeverfahren der EU-Kommission zur »Besonderen Ausgleichsregelung« des EEG sehr deutlich – machen die Privilegierungen von Unternehmen bei energieverbrauchsrelevanten Umlagen, Entgelten, Steuern und Abgaben aus. Sie müssen auf den Prüfstand gestellt und auf das notwendige Maß begrenzt werden. Das erwartet die Kommission von uns.

Die »Besondere Ausgleichsregelung« wurde in den vergangenen Jahren von der Bundesregierung mehrfach novelliert. Immer mehr Betriebe wurden von der Zahlung der vollen EEG-Umlage befreit, was zu einem erheblichen Anstieg derjenigen Strommenge geführt hat, die nur in geringem Umfang mit der EEG-Umlage belegt wird. Und damit wurden die Gesamtkosten des EEG auf eine immer geringer werdende Strommenge verteilt, die von den nichtprivilegierten Endkunden wie den nichtenergieintensiven kleinen und mittleren Unternehmen sowie den privaten Haushalten bezogen wurde. Auch dies hat in erheblichem Umfang zu dem starken Anstieg der EEG-Umlage in den letzten Jahren beigetragen.

Der Koalitionsvertrag der neuen schwarz-roten Bundesregierung nimmt hierauf Bezug, indem die Privilegierung im Rahmen der »Besonderen Ausgleichsregelung« in den einzelnen Branchen vorrangig anhand objektiver, europarechtskonformer Kriterien überprüft werden soll, ebenso wie der Kostenbeitrag der privilegierten Unternehmen. Zugleich sollen begünstigte Unternehmen ein Energiemanagementsystem einführen und wirtschaftlich sinnvolle und technologisch machbare Fortschritte bei der Energieeffizienz erzielen.

Meine sehr verehrten Herren und Damen,

ja, wir brauchen eine grundlegende Reform des EEG (darin sind sich alle einig). Sie muss mit Augenmaß erfolgen, ohne potenzielle Investoren zu verunsichern und ohne die Kontinuität des weiteren Ausbaus der Erneuerbaren zu gefährden.

Der Koalitionsvertrag macht dies deutlich, wenn er davon spricht, dass durch eine Reform des EEG verlässliche Rahmenbedingungen in der Energiepolitik zu schaffen sind und Vertrauens- und Bestandsschutz gewährleistet werden sollen. Hierbei ist sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu berücksichtigen wie auch Raum für einen innereuropäischen Wettbewerb um die besten Konzepte zur Förderung der Erneuerbaren Energien zu geben.

Bei der anstehenden Reform des EEG ist es zudem wichtig, dass wir die positiven Entwicklungen – und diese sind landauf und landab zu sehen – nicht konterkarieren. Das heißt neben dem notwendigen Energiemix auch ein Bekenntnis zur Dezentralisierung – der Strom wird dort produziert, wo er benötigt wird. Gerade der Binnenwindkraft sollte daher, allein schon aus Kostengründen, ihr Platz gelassen werden. Auch ist dies wesentlich günstiger, als übermäßig Trassen zu bauen.

In Rheinland-Pfalz gibt es eine Vielzahl an positiven Beispielen hierzu: Wir haben z. B. energieintensive Unternehmen, die ihren eigenen Strombedarf zu großen Teilen selbst decken und ihre CO₂-Emissionen senken (z. B. durch eigene Blockheizkraftwerke, eigene Windräder oder entsprechende energetische Sanierungen). Dabei sind sie innovativ und sichern den Standort. Überzeugende (rheinland-pfälzische) Beispiele sind neben der *BASF* oder *Daimler* in Wörth, die Gießerei *HegerGuss*.

Als Ministerpräsidentin werde ich mich daher nicht nur dafür einsetzen, dass wir unsere Ausbauziele einhalten, sondern vor allem dafür, dass die Energiewende weiter erfolgreich fortgeführt werden kann, wobei die Kosten gerecht verteilt sein müssen – gerade weil die Energiewende ein gesamtgesellschaftliches Vorhaben ist.

II. Energiearmut

Meine sehr verehrten Herren und Damen,
lassen Sie mich auf einen Punkt näher eingehen, der bereits angesprochen wurde: die Lastenverteilung.

Weil die Lasten der Energiewende ungleich verteilt sind, geht die Strompreis-Schere zwischen den Industrieunternehmen und den Verbrauchern immer weiter auseinander.

Die steigenden Strom- und Energiepreise sind für viele Menschen in Deutschland, besonders in den einkommensschwachen Schichten, eine ernsthafte finanzielle Belastung. Die Strompreise der privaten Haushalte sind seit Mitte 2008 um 35 % gestiegen.

Dies mag nach einem Widerspruch klingen, sagte ich doch zuvor, dass die Stromrechnung aller Stromverbraucher zusammen nicht höher als vor 20 Jahren sei. Die Ursache hierfür ist u. a., dass die preissenkenden Effekte nicht an die Endkunden weitergegeben werden, ebenso wie die Ungleichverteilung der Lasten.

Aufgrund dessen ist es im Übrigen auch richtig, dass die Privilegierungen im Rahmen der »Besonderen Ausgleichsregelung« grundsätzlich überprüft werden. Dennoch hat die Eröffnung des EU-Beihilfverfahrens zu einer starken Verunsicherung geführt. Da das EEG weltweit für die Einführung Erneuerbarer Energien in den Strommarkt

anerkannt ist, sind die wettbewerbsrechtlichen Bedenken der Kommission in dieser Hinsicht zum Teil allerdings befremdlich.

Energiearmut wird in Deutschland zu einem immer bedeutenderen Thema. Dabei versteht man unter dem Begriff »Energiearmut« vor allem bezahlbare Energiekosten für einkommensschwache Haushalte und insbesondere die Verhinderung drohender Strom- und Gassperren aufgrund von Zahlungsrückständen bei Stromrechnungen.

Wie präsent diese Frage ist, belegen Einschätzungen der Bundesnetzagentur und des Bundeskartellamts. Danach waren im Jahr 2011 bundesweit 312 000 Haushalte von Stromsperren betroffen und sechs Millionen Haushalten wurden Stromsperren angedroht.

Wie gravierend eine Stromsperre für eine Familie sein kann, dürfte jedem gegenwärtig sein. Neben dem elektrischen Licht sind es vor allem die für den täglichen Gebrauch notwendigen Geräte wie Waschmaschine, Kühlschrank oder Elektroherd, die ohne den sprichwörtlichen Saft aus der Steckdose ihren Dienst verweigern.

Meine sehr verehrten Herren und Damen,

der durch steigende Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien an der Strombörse hervorgerufene Preisrückgang wird – anders als bei den Großverbrauchern – nicht an die privaten Haushalte sowie nichtprivilegierte kleine und mittlere Unternehmen weitergegeben.

Damit auch Kleinverbraucher von sinkenden Börsenpreisen für Strom profitieren können, sollte auch deren Marktposition durch geeignete gesetzliche Regelungen, z. B. im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), beispielsweise durch eine Vereinheitlichung und Beschleunigung von Anbieterwechseln, gestärkt werden.

Daneben gilt es, vor allem einkommensschwache Haushalte in die Lage zu versetzen, verbraucherfreundlichere Geräte anschaffen zu können. Denn häufig sind gerade sie es, die noch mit alten Geräten arbeiten, weil sie sich keine moderneren leisten können und deshalb wesentlich höhere Stromkosten produzieren. So können zum Beispiel beim Austausch eines Kühlschranks bis zu 70 Prozent des bisherigen Stromverbrauchs eingespart werden.

Aber auch die mündigen Verbraucher und Verbraucherinnen sind Bestandteil einer erfolgreichen Politik zur Bekämpfung von Energiearmut. Dazu gehört für mich vor allem der Hinweis, dass bei einem Tarif- bzw. Anbieterwechsel bares Geld zu sparen ist. Durch die Vielzahl existierender Vergleichsportale wird ein derartiger Wechsel enorm erleichtert, da sogar die erforderlichen Formalitäten wie Kündigungen von dem neuen Vertragspartner übernommen werden.

III. Ausblick

Meine sehr verehrten Herren und Damen,

ich bin mir sicher, jetzt, wo wir auf Bundesebene die wichtigen Bereiche Wirtschaft und Energie in einem Ministerium vereint haben, können Versäumnisse der letzten

Jahre in geeigneter Weise aufgearbeitet werden, damit wir die Energiewende weiter voranbringen.

Worauf wir achten müssen, um die weitere Entwicklung nicht zu gefährden, ist, dass wir die Instrumente so wählen, dass sie den Zielen der Energiewende Rechnung tragen und dass Planungs- und Investitionssicherheit sowie Bezahlbarkeit für alle gewährleistet sind – und zwar langfristig. Zudem sollten wir die Kosten für die Energiewende als gut angelegte Investitionen in unsere Zukunft und in unseren Standort sehen, denn langfristig werden sie zu niedrigen Energiepreisen führen, denn Strom und Wärme lassen sich zu nahezu konkurrenzlosen Grenzkosten von »Null« erzeugen.

In Verantwortung für unsere Umwelt aber auch für künftige Generationen bin ich fest davon überzeugt, dass es viele gute Argumente für die Energiewende gibt:

- Erneuerbare Energien leisten einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz;
- Die Risiken der Kernenergie sind nicht beherrschbar und hinzu kommt die schwierige Frage der Endlagerung des giftigen und hochradioaktiven Abfalls;
- Bisher wird ein Großteil (fossiler) Energieträger nach Deutschland importiert – durch die heimische Energieerzeugung können wir unabhängiger vom Import werden und zugleich die Wertschöpfung vor Ort erhöhen.

Zudem wird in Zukunft eine saubere Energieversorgung als Standortfaktor wichtiger werden. Viele energieintensive Unternehmen haben bereits enorme Fortschritte in ihrem Bemühen gemacht, Produktionsprozesse energieeffizienter zu gestalten und Energie einzusparen.

Wir setzen uns dafür ein, solche Anstrengungen zu honorieren, denn solche Unternehmen sind es, die durch ihre enorme Innovationskraft die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes sichern.

Es wird auch künftig Industriebranchen geben, die trotz hoher Effizienzmaßnahmen einen hohen Energieverbrauch haben werden. Es ist ganz klar, dass es für diese Betriebe weiterhin Privilegierungsmöglichkeiten geben muss. Die Industrie hat nicht nur einen Anspruch auf Versorgungssicherheit, sondern auch darauf, dass die Instrumentarien in unserem Land nicht wettbewerbsverzerrend wirken – ebenso wenig wie im Verhältnis zu den internationalen Wettbewerbern.

Meine sehr verehrten Herren und Damen,

mit der Novellierung des EEG sind sehr viele Erwartungen verknüpft, daher möchte ich zum Schluss nochmals dafür werben: Wir sollten die Energiewende in anderen Zeithorizonten denken. Die Energiewende bietet am Ende des Tages mehr Chancen als Risiken – insbesondere wenn wir an die nachfolgenden Generationen und auch an die wirtschaftliche Entwicklung denken. Im Bereich der Erneuerbaren Energien stecken Zukunftspotenziale für Beschäftigung, für Innovation, für den Klima- und Ressourcenschutz und nicht zuletzt für eine sichere, saubere und bezahlbare Energie!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.